

Politische Forderungen

Pestel-Gutachten: Eigentumsbildung 2.0 – wie kann Wohneigentum die Mietwohnungsmärkte entlasten. „Offensive Wohneigentum statt Miete“

„Verbändebündnis Wohnperspektive Eigentum“, bestehend aus sechs Spitzenverbänden nehmen die Politik in die Pflicht

Der Erwerb der selbstgenutzten Wohnung ist nicht für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft von Vorteil und sollte deshalb vom Staat mehr Beachtung finden. Die eigene Wohnung schafft soziale Sicherheit und schützt vor Altersarmut. Die Wohneigentumsbildung ist der Königsweg der kapitalgedeckten Altersvorsorge. Sie schützt vor Mieterhöhung, Verdrängung und zu guter Letzt vor Altersarmut. Wer eine Eigentumswohnung für den Eigenbedarf erwirbt, tritt nicht als Konkurrent um eine Mietwohnung auf und entlastet dadurch den Mietwohnungsmarkt.

Die Wohneigentumsbildung hatte in Deutschland bis vor gut zehn Jahren einen hohen Stellenwert. Derweil sind Modelle zur Altersvorsorge wie z.B. das Riester-Sparen oder Lebensversicherungen bei weitem nicht mehr ausreichend, um entsprechend den Lebensabend abzusichern. Die eigene Wohnung hingegen ist der Einstieg in eine Vermögensbildung. Bereits die Tilgung des Darlehens ist eine Form des Sparens.

Daher sieht das „Verbändebündnis Wohnperspektive Eigentum“ die Politik in der Pflicht und fordert gegenüber dem jetzigen Kabinett wie auch der nächsten Bundesregierung, den Rahmen für die Eigentumsbildung, insbesondere für Schwellenhaushalte zu verbessern.

Hierzu hat das „Verbändebündnis Wohn-Perspektive Eigentum“ fünf Forderungen an die Politik formuliert.

1. Schwellenhaushalte sollen beim Eigenkapital durch Zuschüsse unterstützt werden. Zudem muss es eine deutliche Ausweitung der Wohneigentumsprogramme der KfW geben – mit einer Erhöhung des individuellen Kreditvolumens und einer langfristigen Zinsbindung.
2. Bundesweite Absenkung der Grunderwerbsteuer – und Freibeträge beim Erwerb einer selbst genutzten Wohnung.
3. Die Vorschriften zur Kreditwürdigkeitsprüfung sollten schnellstmöglich korrigiert und die in der EU-Wohnimmobilienkreditrichtlinie dafür gegebenen Regelungen genutzt werden.
4. Förderung der Infrastruktur in Ballungsräumen – mit einem akzeptablen Preis-Leistungs-Verhältnis für den ÖPNV, um die „Speckgürtel-Anbindung“ an Metropolen zu sichern.
5. Eine Bauland-Offensive für selbstgenutztes Wohneigentum: Insbesondere Kommunen sollen ihre Grundstücksreserven auch für selbstgenutztes Wohneigentum mobilisieren.